

Eingabe des BLV an das Erziehungsdepartement des Kantons Graubünden zu Handen des Kleinen Rates

Autor(en): **Simeon / Danuser**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bündner Schulblatt = Bollettino scolastico grigione = Fegl
scolastic grischun**

Band (Jahr): **11 (1951-1952)**

Heft 5

PDF erstellt am: **10.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-355772>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Eingabe des BLV an das Erziehungsdepartement des Kantons Graubünden zu Handen des Kleinen Rates

Chur und Lantsch, den 28. Februar 1952.

Sehr geehrter Herr Erziehungschef,
sehr geehrte Herren Regierungsräte!

Eine Umfrage bei der bündnerischen Lehrerschaft hat ergeben, daß bis heute nur 21 Gemeinden im Kanton die Löhne ihrer Lehrer der seit 1946 eingetretenen Teuerung angepaßt haben; die Lehrer in über 200 Gemeinden arbeiten somit heute noch zu den gesetzlichen Minimallöhnen, wie sie durch das Besoldungsgesetz vom 13. Oktober 1946 geregelt worden sind.

Diese Tatsache allein rechtfertigt unsere heutige Eingabe vollauf. Im beinahe einstimmigen Einverständnis und Auftrag der gesamten bündnerischen Lehrerschaft gelangen wir an die hohe Regierung mit dem Gesuch, sie möchte die nötigen Schritte unternehmen, um auch dem Bündner Lehrer zur berechtigten Lohnaufbesserung zu verhelfen.

Da unsere Vorschläge einer Teilrevision des oberwähnten Besoldungsgesetzes rufen, ist eine Volksbefragung unumgänglich. Diese Tatsache einerseits, wie die bekannte finanzielle Lage des Kantons und vieler Gemeinden andererseits, zwingen uns von vornherein zur notwendigen Vorsicht und Zurückhaltung. Die bündnerische Lehrerschaft gibt ihrer Freude darüber Ausdruck, daß den kantonalen Beamten und Angestellten ein billiger und gerechter Teuerungsausgleich zugesprochen worden ist, und sie hofft, daß nun ein solcher auch den Lehrern wenigstens in bescheidenem Ausmaß zugebilligt werde. Dabei ist es unser Bestreben, mit der Teuerungszulage soziale Bedürfnisse stark zu berücksichtigen, da solche, außer den Alterszulagen, im Besoldungsgesetz nicht vorgesehen sind. Wir halten dafür, daß Behörden und Volk für solche Belange aufgeschlossenem Sinn zeigen werden.

Der Kanton zahlte im Schuljahr 1950/51 für 746 Lehrer einen Besoldungsbeitrag von	Fr. 2 394 798.35
davon sind Grundlöhne: 746×2000 .—	Fr. 1 492 000.—
Bleiben für Alterszulagen	<u>Fr. 902 798.35</u>

das heißt, es wurden 62,4% oder rund $\frac{5}{8}$ für Grundlöhne und 37,6% oder $\frac{3}{8}$ als Alterszulage ausbezahlt.

Überträgt man dieses Verhältnis auf die 762 amtierenden Lehrer des Jahres 1951/52, so ergeben sich für die

$\frac{5}{8}$ der Grundlöhne: 762×2000 .—	Fr. 1 524 000.—
$\frac{3}{8}$ als Alterszulagen	Fr. 914 400.—
so daß der Kanton pro 1951/52 total	<u>Fr. 2 438 400.—</u>

für Beiträge an Lehrerbesoldungen zu verausgaben haben wird. Alle diese Auslagen sind durch das Gesetz von 1946 geregelt; Grundlage dazu war der Lebenskostenindex, der damals auf 150 Punkten stand. Heute ist derselbe auf 170 Punkte hinaufgeschneit, was einer Teuerung von $\frac{2}{15}$ oder 13,3 % entspricht. Wollte nun der Kanton die seit 1946 eingetretene Teuerung voll ausgleichen, so ergäbe das pro 1951/52 einen Betrag von 13,3 % von 2 438 400.— Franken = Fr. 325 120.—. Wenn wir uns entschlossen haben, einen Vorschlag auszuarbeiten, der den Kanton jährlich rund 100 000 Franken weniger kostet, so dürfen wir dafür der bestimmten Hoffnung Ausdruck geben, daß unser Begehren allseits als ein Minimum anerkannt werde, das keine Abstriche erträgt.

Wir schlagen vor:

1. eine Teuerungszulage von 8 % des Grundgehältes an alle Primar- und Sekundarlehrer;
2. eine Familienzulage von 320 Fr. an alle verheirateten Primar- und Sekundarlehrer;
3. eine Kinderzulage von 60 Fr. pro Kind bis und mit dem vierten Kind.

Wir schlagen ferner folgende Verteilung dieser Neuaufwendungen vor:

1. Der Kanton leistet 8 % des kantonalen Anteiles am Grundgehalt eines jeden Primar- und Sekundarlehrers, ohne Alterszulage;
2. die Gemeinde leistet 8 % ihres Beitrages an das Grundgehalt eines jeden Primar- und Sekundarlehrers;
3. Kanton und Gemeinde teilen sich gleichmäßig in die Familien- und Kinderzulage.

Auf Grund einer Umfrage und statistischen Aufnahmen bei der bündnerischen Lehrerschaft lassen sich die Kosten für den Kanton wie folgt berechnen:

762 Lehrkräfte à 160 Fr. Teuerungszulage	Fr. 121 920.—
497 Familienzulagen à 160 Fr.	Fr. 79 520.—
739 Kinderzulagen à 30 Fr.	Fr. 22 170.—
Totalkosten für den Kanton	<u>Fr. 223 610.—</u>

Die folgenden Zusammenstellungen sollen zeigen, wie sich unser Vorschlag auf die Besserstellung der einzelnen Lehrer auswirkt. Die prozentuale Lohnaufbesserung ist einmal auf den Minimallohn ohne, einmal auf den Lohn mit Einschluß der Alterszulage berechnet.

	Primarlehrer bei 26 Wochen Schuldauer		Sekundarlehrer bei 32 Wochen Schuldauer	
	Kanton	Gemeinde	Kanton	Gemeinde
8 % des Grundlohnes . . .	160.—	160.—	160.—	320.—
Familienzulage	160.—	160.—	160.—	160.—
Kinderzulage f. 4 Kinder .	120.—	120.—	120.—	120.—

Aufbesserung in % des Grundlohnes:	Total	%	Total	%
beim ledigen Lehrer . . .	320.—	= 8,0— 5,1 %	480.—	= 8,0— 6,3 %
beim verheirateten Lehrer .	640.—	= 16,0—11,4 %	800.—	= 13,3—10,5 %
beim verheirateten Lehrer mit 4 Kindern	880.—	= 22,0—15,7 %	1040.—	= 17,3—13,8 %

Nach demselben Prinzip für eine 40wöchige Schuldauer umgerechnet ergibt sich entsprechend:

8 % des Grundlohnes bei verlängerter Schuldauer .	Kanton	Gemeinde	Kanton	Gemeinde
Familienzulage	160.—	160.—	160.—	160.—
Kinderzulage bis 4 Kinder .	120.—	120.—	120.—	120.—

zusammengefaßt für den	Total	%	Total	%
ledigen Lehrer	510.40	= 8,0— 6,3 %	608.—	= 8,0— 6,6 %
verheirateten Lehrer . . .	830.—	= 13,0—10,4 %	928.—	= 12,2—10,1 %
verheirateten Lehrer mit 4 Kindern	1070.—	= 16,8—13,4 %	1168.—	= 15,4—12,7 %

Die Tabellen bestätigen zahlenmäßig den sozialen Charakter unseres Vorschlages. Der ledige Lehrer erhält danach einen Teuerungsausgleich von nur 8 bis 5,71 %; erst beim verheirateten, älteren Lehrer trifft, mit Einrechnung der vorgeschlagenen Familien- und Kinderzulagen, der volle Teuerungsausgleich ein. Unser Vorschlag stützt sich dabei auf den eindeutigen Willen der Lehrerschaft, die sich mit deutlichem Mehr (im Verhältnis von 4 : 3) für Sozialzulagen ausgesprochen hat.

Ernsthaft zu prüfen wäre die Frage, ob nicht durch besondere kantonale Beiträge an ländliche Schulgemeinden, welche die Schuldauer über das Minimum von 26 resp. 32 Wochen hinaus erstrecken möchten, ein Ansporn zur Verlängerung der Schulzeit gegeben werden könnte.

Da nun schon eine Volksbefragung notwendig wird, möchten wir das Augenmerk noch auf einen weiteren Punkt richten. Bei wesentlicher Veränderung des Lebenskostenindexes sollte auch für die Lehrer eine Lösung ähnlich derjenigen im kantonalen Beamtengesetz möglich sein, wonach der Große Rat ermächtigt würde, die Teuerungs- und Sozialzulagen den jeweiligen Schwankungen anzupassen, womit in Zukunft in solchen Fragen der umständliche und teurere Weg über eine Volksabstimmung vermieden werden könnte.

Endlich möchten wir noch das hohe Erziehungsdepartement und die löbliche Regierung bitten, die Frage zu prüfen, ob der gegenwärtige Stand der Versicherungskasse der bündnerischen Volksschullehrer nicht erlauben würde, auch den Rentnern eine bescheidene Teuerungszulage auszurichten; manch einer von ihnen befindet sich infolge der ständig zunehmenden Teuerung in einer eigentlichen Notlage.

Sehr geehrter Herr Erziehungschef, sehr geehrte Herren Regierungsräte! Wir sind uns dessen bewußt, daß wir mit unseren Begehren nicht in einem günstigen Zeitpunkt kommen; wir glauben jedoch, mit denselben die unterste Grenze der Bescheidenheit gezogen zu haben, und dies wie bereits gesagt, im Hinblick auf die leider ungünstigen Verhältnisse in der bündnerischen Volkswirtschaft. Um so eher dürfen wir der berechtigten Hoffnung Ausdruck geben, daß Behörden und Volk sich dem Anliegen der bündnerischen Lehrerschaft nicht verschließen werden.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Erziehungschef, sehr geehrte Herren Regierungsräte, den Ausdruck unserer

vollkommenen Hochachtung

Für den Bündner Lehrerverein

Der Aktuar:
sig. Simeon

Der Präsident:
sig. Danuser



*Kolleginnen und Kollegen,
die Volksabstimmung über das
Besoldungsgesetz steht bevor.*

*Helft alle tatkräftig mit,
durch geeignete Aufklärungsarbeit
die Annahme des Gesetzes zu erwirken.*

